

Amtsleiter

Kataster- und Vermessungsam

Neubrandenburg.

Planzeichenerklärung

WA Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO

Mischgebiete gem. § 6 BauNVO, Teilgebiete 1-2

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, § 16 BauNVO)

Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

maximale Traufhöhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen und Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB, §§ 22 u. 23 BauNVO)

Offene Bauweise

Einzelhäuser zulässig

Stellung des Hauptbaukörpers/ Hauptfirstrichtung

Verkehrsflächen (§ 9 Abs.1 Nr.11 BauGB)

Verkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Fläche für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 u. 14 BauGB)



Abwasserpumpstation

Sonstige Planzeichen (Anlage 1, Nr. 15 PlanZV)



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung über die 4. Änderung und 1. Ergänzung des B-Plans Nr. 16/91-15(1)/92



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 1 Nr. 4, § 16 Abs. 5, § 22 Abs. 2 BauNVO)



zu erhaltender Einzelbaum (siehe hierzu auch textliche Festsetzung Nr. 4.3 sowie 2. Anstrich S. 6 der Begründung)

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 86 LBauO M-V)

Flachdach Satteldach KWD Krüppelwalmdach

Dachneigung des Hauptgebäudes als Mindest- und Höchstmaß

Darstellung ohne Normcharakter



vorhandene bauliche Anlagen It. Befliegung 2006

Flurgrenze Flurstücksgrenzen

geplante Grundstücksgrenzen

Walmdach

Flurstücksnummer

Angabe von Abständen bzw. Ausmaßen in m

Nutzungsschablone

Baugebiet	Geschosszahl
Grundflächenzahl	Traufhöhe
Bauweise	Dachform
	Dachneigung

Teil B - Textliche Festsetzungen (Entwurf)

- 1 Art und Maß der baulichen Nutzung
- 1.1 Im als MI 2 festgesetzten Mischgebiet sind das Wohnen nicht störende Gewerbebetriebe nur im Sinne des § 4 BauNVO zulässig. Im als WA festgesetzten allgemeinen Wohngebiet sind alle Ausnahmen, die nach § 4 Absatz 3 BauNVO vorgesehen sind, nicht Bestandteil dieser Satzung.
- 1.2 Die zulässige Grundfläche darf in den allgemeinen Wohngebieten durch Nebenanlagen, Garagen und Stellflächen mit ihren Zufahrten höchstens bis zu einer Grundflächenzahl von 0,5 überschritten werden.
- 1.3 Die Oberkante des Fertigfußbodens der Gebäude darf maximal 0,5 m betragen. Überschreitungen um bis zu 0,2 m können ausnahmsweise zugelassen werden.
- 1.4 Die festgesetzte Traufhöhe kann ausnahmsweise um maximal 0,5 m überschritten wer-
- 1.5 Bezugspunkt für die Bemessung der festgesetzten Höhen ist die Höhe der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche (Schlangenallee), gemessen als Durchschnitt entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenze.
- 2 Überbaubare Grundstücksflächen sowie vom Bauordnungsrecht abweichende Maße der Tiefe von Abstandsflächen
- 2.1 Garagen, Nebenanlagen und Stellflächen sind zwischen straßenseitiger Grundstücksgrenze und vorderer Baugrenze unzulässig. Die hintere (straßenabgewandte) Baugrenze darf durch diese Anlagen nur um bis zu 8,0 m überschritten werden.
- 2.2 Mit einem Hauptgebäude durch eine gemeinsame Außenwand und gegebenenfalls mit einem durchgehenden Dach verbundene Garagen ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe von bis zu 3,0 m und einer Gesamtlänge von maximal 9,0 m sowie Böschungen und Stützmauern bis zu einer Höhe von 2,0 m, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines Gebäudes stehen, sind ohne eigene Abstands-

Bei den vorgenannten Garagen ist dies je Grundstück nur an einer Grundstücksgrenze zulässig. Dabei muss die Wand zwischen Hauptgebäude und Garage als Trennwand im Sinne des § 29 LBauO M-V oder die zur Grundstücksgrenze liegende Abschlusswand der Garage als Brandwand im Sinne des § 30 LBauO M-V ausgebildet sowie das Hauptgebäude in massiver Bauweise (tragende Bauteile in feuerhemmenden Materialien) errichtet werden.

Die Höhe der Böschungen bzw. Stützmauern nach Satz 1 ist bei der Ermittlung der relevanten Außenwandhöhe des Gebäudes als Grundlage der Ermittlung der zum betreffenden Nachbargrundstück einzuhaltenden Abstandsfläche einzubeziehen.

3 Höchstzahl zulässiger Wohnungen

In den auf der Grundlage dieser Satzung neu errichteten oder umgenutzten Wohngebäuden sind jeweils höchstens zwei Wohnungen zulässig.

- 4 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Land-
- 4.1 Auf den Grundstücken ist pro angefangene 800 m² Grundstücksfläche ein Laubbaum zu pflanzen, vor Beschädigungen zu schützen sowie dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Für aus natürlichen Gründen abgängige Bäume ist innerhalb eines Jahres eine Nachpflanzung auf dem Grundstück vorzunehmen. Die gemäß Satz 1 festgesetzte Anpflanzung von Bäumen ist spätestens innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der baulichen Anlage bzw. ein Jahr nach Aufnahme der Hauptnutzung umzusetzen
- 4.2 Das auf den Grundstücksflächen anfallende Niederschlagswasser ist vor Ort zurückzuhalten und vorzugsweise (sofern es unbelastet ist) zur Versickerung zu bringen.
- 4.3 Im Wurzelbereich der straßenbegleitenden als zu erhalten festgesetzten Bäume sind bauliche Maßnahmen jeglicher Art sowie sonstige Maßnahmen, die zu einer Schädigung des Wurzelbereichs führen können, nicht zulässig.
- 5 Örtliche Bauvorschriften It. § 86 LBauO M-V zur Gestaltung
- 5.1 Außenwandflächen sind im Farbton Weiß bis Natur oder hellen Pastelltönen zu verputzen oder in Ziegelmauerwerk in rotem Farbton auszuführen. Für untergeordnete Fassadenteile und Garagen/Nebenanlagen können auch andere Materialien und Farben verwendet werden.
- 5.2 Die straßenseitigen Fassaden sind als Lochfassaden auszubilden und symmetrisch zu gliedern. Zur horizontalen Fassadengliederung sind die Fenster eines Geschosses auf gleicher Höhe und in gleicher Größe in einem stehenden Format anzuordnen.
- 5.3 Dächer von Hauptgebäuden sowie Gebäuden mit mehr als 30 m² Grundfläche sind mit roten oder anthrazitfarbenen Ziegeleindeckungen auszubilden. Alternativ oder ergänzend sind die Begrünung von Dächern sowie das Anbringen von Materialien zur Nutzung der Solarenergie zulässig. Aufständerungen von derartigen Anlagen sind ausgeschlossen.

Straßenseitige Gauben und Dacheinschnitte dürfen eine Breite von maximal 50 % der Länge der Traufe der jeweiligen Gebäudeseite nicht überschreiten. Einzelgauben sind nur bis zu einer Breite und einem Mindestabstand zu einer benachbarten Gaube sowie zum Ortgang von jeweils zwei Metern zulässig. Die Dachhaut der Gauben muss mindestens einen Meter unter der Firstlinie des jeweiligen Gebäudes liegen.

- 5.4 Aneinandergrenzende Garagen müssen in einer Bauflucht liegen.
- 5.5 Der Vorgartenbereich ist außer im Bereich der Zuwegungen und Zufahrten zu bepflanzen bzw. mit Rasen zu versehen.
- 5.6 Einfriedungen zum öffentlichen Straßenraum sind in Form von Heckenpflanzungen mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen bis 1,50 m Höhe oder aus transparent gestalteten Holz- oder Metallzäunen (außer Maschendrahtzäune) bis 1,20 m zulässig.
- vorhandener Baum (siehe hierzu auch 2. Anstrich S. 6 der Begründung)
 5.7 Von den örtlichen Bauvorschriften zur Gestaltung nach Nr. 5.1 bis 5.3 können neben den dort aufgeführten weitere städtebaulich vertretbare Abweichungen ausnahmsweise zugelassen werden.

Die vorliegende Satzung ersetzt und ergänzt in ihrem Geltungsbereich vollständig

die bislang geltenden Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 16/91-15(1)/92

"Wesenberger Chaussee-Süd/ Schlangenallee"



Übersichtsplan M 1:12 000

6.1 Gemäß § 11 Denkmalschutzgesetz M-V ist der Finder archäologischer Denkmäler bzw. auffälliger Bodenverfärbungen sowie der Leiter der entsprechenden Arbeiten, der Grundstückseigentümer oder zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erken-

nen, für die Benachrichtigung des Landesamtes für Bodendenkmalpflege und die Siche-

rung der Fundstelle verantwortlich. Der Fund und seine Fundstelle sind in unveränder-

tem Zustand zu erhalten. Diese Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der

deswassergesetz M-V (LWaG, insbes. §§ 5, 32, 39) ist die Benutzung von Grundwasser

schlagswasser befestigter/bebauter Flächen) in Abhängigkeit von der Art der Benutzung

erlaubnis- oder anzeigepflichtig. Zuständige Behörde ist gemäß § 108 LWaG die untere

6.2 Gemäß dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG, insbes. §§ 2-7a, 33) i. V. m. dem Lan-

und Oberflächengewässern (z. B. Entnahme, Absenkung, Einleitung von Nieder-

6 Nachrichtliche Übernahmer

Wasserbehörde des Landkreises.